

Strategien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Der beschäftigungspolitische Versuch, das gegenwärtige Arbeitslosigkeitsproblem in Deutschland einer Lösung näher zu bringen, steht zunächst vor der Frage, ob es sich um eine mehr konjunkturelle oder um eine mehr strukturelle Arbeitslosigkeit handelt, denn eine friktionelle oder saisonale Arbeitslosigkeit sind keine drängenden Probleme. Bereits ein Blick in die Statistik macht deutlich, dass langfristig strukturelle Einflüsse im Zeitablauf an Gewicht gewonnen haben und gegenwärtig das Schwergewicht der Ursachen ausmachen dürften, denn das relativ hohe Niveau der Arbeitslosigkeit dauert schon seit mehreren Jahren an und unterscheidet sich in seiner Zählebigkeit gravierend von einer kurz- und mittelfristigen konjunkturellen Arbeitslosigkeitssituation, wie sie z. B. in der ersten großen deutschen Nachkriegskrise der Jahre 1966/67 zu beobachten war. Damit soll nicht gesagt sein, dass konjunkturelle Einflüsse die Strukturentwicklung nicht überlagern und zu einer Verschärfung oder Milderung des Problems beitragen können. Auffällig ist jedoch, dass rückgängige Arbeitslosenzahlen im Zuge konjunktureller Erholungsphasen, die in der politischen Diskussion häufig bereits als Erfolge der Beschäftigungspolitik und als Zeichen einer nachhaltigen Arbeitsplatzsicherung „gefeiert“ werden, sich bei genauerem Hinsehen in Relation zum Arbeitslosigkeitsniveau eher als „Eintagsfliegen“ herausstellen. Jedenfalls sind sich auch die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Urteil einig: **Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit in Deutschland ist eher struktureller und nicht konjunktureller Natur.**

Die zumindest unter Experten bestehende Einigkeit über die ursächliche Form der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit in Deutschland ist spätestens dann dahin, wenn nach **Strategien zur Bekämpfung der strukturellen Arbeitslosigkeit** im gesamten Erscheinungsbild der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit gefragt wird. Folgende Strategien lassen sich unterscheiden:

Von einer **offensiven Strategie** wird gesprochen, wenn mit einer Förderung des Wirtschaftswachstums die Hoffnung verknüpft wird, dass eine höhere Produktion auch einen Mehreinsatz des Produktionsfaktors Arbeit erfordert und demnach zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Dabei kann die **Wachstumsförderung** über die private oder/und staatliche Nachfrageseite (z. B. durch Förderung der privaten Investitionsgüternachfrage) oder/und über die Angebotsseite (z.B. durch Verbesserung der privaten Produktionsbedingungen durch eine flexiblere Lohnstruktur oder eine staatliche Deregulierung) erfolgen. Allerdings ist zu bedenken, dass ein Produktionswachstum nur dann zu einem positiven Beschäftigungseffekt führt, wenn die Steigerung der Arbeitsproduktivität übertroffen wird. Unter der durchaus realistischen Annahme einer jährlichen Arbeitsproduktivitätssteigerung (AP) von durchschnittlich ca. 2 % wird also erst dann – unter sonst gleichen Bedingungen – über-

haupt mit einem positiven Beschäftigungseffekt zu rechnen sein, wenn die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) mindestens auch ca. 2 % beträgt. Es wird in diesem Zusammenhang auch von **Beschäftigungsschwelle** bzw. **Sockel-arbeitslosigkeit** gesprochen. Da die gegenwärtigen BIP-Prognosen sich eher unterhalb der AP-Prognosen bewegen, können wir daraus bereits den Schluss ziehen, dass die Hoffnung auf einen Abbau der Arbeitslosigkeit – gelinde gesagt - eher gering ist. Die Anhänger einer offensiven Strategie lassen sich dadurch jedoch nicht beirren, sondern fordern ein dementsprechend höheres Wirtschaftswachstum, das die Arbeitsproduktivitätssteigerung übertrifft. Angesichts der Tatsache, dass eine bestimmte Wachstumsrate auf einem relativ hohen Güterversorgungsniveau etwas anderes ist wie die gleiche Wachstumsrate auf einem relativ niedrigen Versorgungsniveau, wird dann aber die grundsätzlich kritische Frage gestellt, ob eine solch hohe Wachstumsrate überhaupt möglich ist und – wenn ja – ob sie überhaupt gewollt ist, weil andere Zielsetzungen wichtiger erscheinen. Die zunehmende Erschöpfung der natürlichen Rohstoffvorräte als Quelle auf der Inputseite und die zunehmende Belastung der natürlichen Umwelt als Senke auf der Outputseite des Produktionsprozesses und die dadurch zunehmende Einengung des menschlichen Lebensraumes lassen jedenfalls in immer stärkerem Maße Zweifel aufkommen, ob eine offensive Strategie ein geeignetes Mittel zur Lösung des Arbeitslosigkeitsproblems darstellt.

Die Anhänger einer **defensiven Strategie** gehen von der Überlegung aus, dass eine Beschäftigungspolitik durch Wachstumspolitik aus den genannten Gründen keinen Erfolg haben kann und ein relativ geringes – eines Tages vielleicht sogar negatives – Wachstum auf hohem Versorgungsniveau ungewollt oder gewollt hinzunehmen ist. Hauptansatzpunkt einer Beschäftigungspolitik sollte daher das Arbeitsvolumen sein, das in Arbeitsstunden gemessen wird. Wenn es durch technischen Fortschritt – so wird argumentiert – immer leichter bzw. weniger mühselig für die Eigentümer des Produktionsfaktors Arbeit wird, eine bestimmte Produktionsmenge und damit ein bestimmtes Realeinkommen zu erstellen und es daher über die Arbeitsproduktivitätssteigerung zu einer Freisetzung von Arbeitsstunden, also zu mehr Freizeit, kommt, so ist darin zunächst ein positives Ergebnis zu sehen. Das Problem besteht vielmehr in einer extrem ungleichen Verteilung dieser Freizeit, denn Arbeitslose bekommen ein Maximum an Freizeit verordnet, während die Beschäftigten nur relativ wenig Arbeitszeit abgeben oder sogar den Anspruch erheben oder dazu ermuntert werden, zeitmäßig mehr zu arbeiten. Die Anhänger einer defensiven Strategie plädieren daher in erster Linie für eine Umverteilung der vorhandenen, in Arbeitsstunden gemessenen Beschäftigungsmöglichkeiten, d. h. für eine erhebliche **Arbeitszeitverkürzung** (Verkürzung der Wochen-, Monats-, Jahres- oder Lebensarbeitszeit einschließlich des Abbaus von Überstunden) der Beschäftigten zugunsten der Arbeitslosen. Dem Einwand, eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich sei unmöglich, wird mit dem Argument begegnet, dass zunächst trotz Arbeitslosigkeit die gesamte Güterversorgung bzw. das gesamte Realeinkommen leicht gestiegen, jedenfalls nicht gesunken sei. Eine Einkommensenkung für alle (unselbstständigen und selbstständigen) erwerbstätigen Faktoreigentümer werde allein dadurch notwendig, dass wie-

der in den Produktionsprozess eingegliederte Arbeitslose mit Recht auch wieder ein volles und nicht auf das Arbeitslosengeld reduziertes Einkommen beanspruchen. Die Erwerbstätigen müssen also die allein durch die Einkommensenkung der Arbeitslosen erzielten Einkommenssteigerungen wieder herausgeben. Ob nun vor allem die unselbstständigen oder die selbstständigen Erwerbstätigen herangezogen werden sollten bzw. wer vor allem durch Einkommenssteigerungen von der Arbeitslosigkeit profitiert hat, ist eine offene Frage und wieder eine Verteilungsfrage. Ein weiterer Ansatzpunkt der defensiven Strategie ist das Faktorpreisverhältnis, konkret: die relativ hohen Lohnkosten (einschließlich Lohnnebenkosten) im Vergleich zu den Kapitalkosten. Es wird vorgeschlagen, gleichsam wie mit einer „doppelten Dividende“ durch die Einführung oder Erhöhung von Ökosteuern einen Beitrag zur Reduzierung der Umweltproblematik zu leisten und gleichzeitig Mittel zur **Verbilligung von Arbeitskraft** durch staatliche Subventionierung zu gewinnen. Ein gewisser Widerspruch ist allerdings in diesem Vorschlag insofern zu erkennen, als eine wirkungsvolle Lenkungssteuer bei perfekter Lenkung auch die staatlichen Einnahmen versiegen lässt, d. h. zwischen dem Lenkungs- und Finanzierungszweck einer Steuer besteht ein Zielkonflikt. Ausdruck einer eher defensiven Strategie ist letztlich auch die kritische Grundsatzfrage, ob wir unter Arbeit weiterhin nur die vermarktete, in der tauschfähigen Güterproduktion genutzte Erwerbsarbeit verstehen oder künftig nicht vielmehr auch eine gemeinnützige, wenngleich nicht vermarktete Tätigkeit als Arbeit ansehen sollten. Eine (staatlich geförderte) **Stärkung der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck** als „Dritter Sektor“ könnte die Konsequenz sein und würde durch eine inhaltliche Neuorientierung des Arbeitsbegriffs auch neue Möglichkeiten in der Arbeitslosigkeitsbekämpfung eröffnen.

Die Anhänger einer offensiven oder defensiven Strategie zur Bekämpfung der strukturellen Arbeitslosigkeit führen gegenwärtig auch in der politischen Diskussion eine **heftige Auseinandersetzung um die „richtige“ Strategie**, wobei der Eindruck entsteht, dass die Anhänger einer offensiven Strategie es insofern leichter haben, als sie auf traditionellen Denkmustern („Wachstum als Wohlfahrtssteigerung und Konfliktlöser“) aufbauen können, während eine defensive Strategie zu einem grundlegenden Umdenken und zu einer Öffnung gegenüber unkonventionellen Denkmustern („Freizeit durch Arbeitslosigkeit“) zwingt.

Strategien zur Bekämpfung der konjunkturellen Arbeitslosigkeit im gesamten Erscheinungsbild der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit laufen darauf hinaus, im Wege einer antizyklischen Fiskalpolitik durch Senkung der Staatseinnahmen (z. B. Steuer-senkungen) oder/und Erhöhung der Staatsausgaben (z. B. Staatsaufträge) bzw. im Wege einer expansiven Geldpolitik der EZB bei Preisstabilität durch Geldmengenerhöhung und Niedrigzinspolitik die gesamtwirtschaftliche Nachfrage anzuregen und einen konjunkturellen Aufschwung einzuleiten oder zumindest zu unterstützen, in der Hoffnung, dass über die nachfragebedingte Produktionssteigerung auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Außerdem ist daran zu denken, dass ein sinkender Wechselkurs des € die Exporte der EWU verbilligt und die Importe verteuert. Von

einem schwachem € kann daher eine belebende Wirkung auf die Konjunktorentwicklung erwartet werden. Die EZB könnte demnach – sofern sie keine Inflationsgefahren sieht – mit freiwilligen Interventionen am Devisenmarkt durch ein verstärktes Angebot an € bzw. einer verstärkten Nachfrage nach Fremdwährung diese Entwicklung unterstützen, zumal solche Interventionen ebenfalls die Geldmenge erhöhen und einen weiteren Druck auf das Zinsniveau nach unten ausüben würden. Maßnahmen zu einer entscheidenden Reduzierung der gegenwärtigen, vor allem strukturell geprägten Arbeitslosigkeit in Deutschland können sie allerdings aus den genannten Gründen nicht sein.

Quellen:

KNORRING, E. VON, Volkswirtschaft – Rahmenbedingungen für eine Unternehmensstrategie. Bad Wörishofen: Holzmann Medien.